

/// Zur Lage in der Ukraine

WAS WILL PUTIN?

HANNES ADOMEIT /// geboren 1942 in Memel, Ostpreußen (jetzt: Klaipeda, Litauen), war bis 2013 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Warschau, davor langjähriger Mitarbeiter und Leiter der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen und Berlin. Er studierte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Berlin und am Russian Institute der Columbia University in New York. In seiner akademischen Laufbahn war er unter anderem als Professor für Internationale Politik und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Boston und Fellow am Russian Research Center der Harvard Universität in Cambridge, Mass., tätig.

Politische Studien: Was ist eigentlich im Kreml los? Was treibt Putin an? Gibt es einen Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen russischen Innen- und Außenpolitik einschließlich der Krise in und um die Ukraine?

Hannes Adomeit: Ja, gibt es. Er ist in dem Aufsatz zu finden, den Putin am 3. Oktober 2011 in der russischen Tageszeitung „Iswestija“ veröffentlicht hat. Dort stellte er „ein neues Integrationsprojekt für Eurasien“ vor. Eine supranationale Vereinigung sollte gebildet werden, die fähig sei, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden. Auf der Basis der Russland, Belarus und Kasachstan umfassenden Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums sollten Wirtschafts- und Währungspolitik eng koor-

diniert und eine vollwertige Wirtschaftsunion hergestellt werden. Zudem sollte das Integrationsprojekt nicht auf rein wirtschaftliche Fragen begrenzt werden, sondern analog zur Entwicklung der Europäischen Union auch eine politische Dimension haben und in eine Eurasische Union münden. Zum Zeitpunkt der Integrationsinitiative standen ja Parlamentswahlen im Dezember 2011 und Präsidentschaftswahlen im März 2012 an. Das Projekt war also eigentlich nichts weniger als das, was Putin in seiner dritten Amtszeit machen wollte. So ist es dann auch gekommen. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen vorangegangenen Integrationsprozessen und Strukturen im postsowjetischen Raum hat sich herausgestellt, dass die Eurasische Wirt-



Was denkt Putin, was plant er? Was steckt hinter den Vorgängen auf der Krim und in der Ostukraine?

schaftsunion tatsächlich keine, wie Putin bei der Vorstellung des Projekts sagte, „von höchster Stelle verordnete bürokratische Spielerei“, sondern ein reales Projekt ist. Das kommt beispielsweise in der schon Anfang 2012 gegründeten Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK) zum Ausdruck, die bereits mehr als 1.000 Bedienstete hat. Am 29. Mai 2014 schließlich unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Weißrusslands (Alexander Lukaschenko) und Kasachstans (Nursultan Nasarbajew) in Astana formell einen Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunions, der am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll.

Politische Studien: Welche Bedeutung aber hat dieses Integrationsprojekt für die gegenwärtige Krisensituation?

Hannes Adomeit: Die Verbindungen sind in der Entschlossenheit Putins zu finden, Russland als Großmacht wieder aufleben zu lassen. Eines der Mittel dazu ist sein Bemühen, Moskaus Einfluss und Kontrolle in dem Raum wiederherzustellen, den früher die Sowjetunion einnahm. Dies vollzieht sich aufgrund der oft zitierten Aussagen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“ und „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ ge-



Putin ist entschlossen, Russland als **GROßMACHT** wieder aufleben zu lassen.

wesen sei. Weniger bekannt, aber ebenso aussagekräftig ist sein Ausspruch: „Die Sowjetunion – das ist Russland, nur unter einem anderen Namen.“ Angesichts des Weges, den das Land unter seiner Führung genommen hat, ist man fast versucht zu sagen: „Russland – das ist die Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen.“

Natürlich ist es nach dem Wegfall der marxistisch-leninistischen Ideologie, dem Aufstieg nationaler Eliten in den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Integration der Baltischen Staaten in die EU und die NATO unmöglich, die UdSSR staatsrechtlich wiederherzustellen. Um Einfluss und Kontrolle ausüben zu können, ist aber die Eingliederung unabhängiger Staaten in die Russische Föderation analog zur Annexion der Krim nicht zwingend notwendig. Es gibt andere Mittel, um den Anspruch Moskaus auf den postsowjetischen Raum als russische Einflussphäre durchzusetzen. Eines davon ist eben das Integrationsprojekt Eurasische Union.

Politische Studien: Gibt es eine Verbindung zwischen diesem Projekt, der Annexion der Krim und den gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine?

Hannes Adomeit: Diese Verbindung gibt es und sie ist eng, denn ohne die Ukraine wäre das Projekt nur Makulatur. Die Eurasische Union wäre dann eigentlich nur eine Asiatische Union mit Belarus als europäischem Anhängsel und einem einzigen weiteren Kandidaten in der ge-

meinsamen EU-Russland Nachbarschaft: Armenien. Nicht nur wegen seiner großen Bevölkerungszahl ist die Ukraine für das Putinsche Projekt von zentraler Bedeutung. Das Land befindet sich in strategisch wichtiger Lage zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Es ist Transitgebiet für russisches Erdgas nach Europa. Es verfügt über große Bodenschätze, fruchtbare Böden für die landwirtschaftliche Produktion und umfangreiche, wenn auch veraltete Industrieanlagen, einschließlich in der Rüstungsindustrie, die im Ostteil des Landes konzentriert und in den russischen militärisch-industriellen Komplex eingebunden ist. Das große Industriepotenzial unterscheidet die Ukraine auch von Kasachstan und anderen möglichen asiatischen EWU-Kandidaten, deren Wirtschaft wie die Russlands auf Rohstoffen basiert. Der Ostteil und der Süden des Landes sind russlandfreundlich. Es gibt viele kulturelle und andere historisch gewachsene Gemeinsamkeiten.

Aus diesen und anderen Gründen war für es Russland inakzeptabel, dass die EU und die Ukraine am 19. Oktober 2011 ein Assoziierungsabkommen mit der Errichtung eines „tief greifenden und umfassenden Freihandelsgebiets“ fertig stellten, dieses Abkommen am 30. März 2012 paraphierten und für die Gipfelkonferenz der Länder der Östlichen Partnerschaft der EU in Vilnius am 25./26. November 2013 unterschriftsreif machten. Moskau führte praktisch einen Handelskrieg gegen die Ukraine und drohte mit Konsequenzen, die dem Berater Putins in Fragen der eurasischen Integration, Sergej Glasjew, zufolge „un-

weigerlich“ zum Staatsbankrott des Landes führen würden. Der massive Druck Moskaus trug dazu bei, dass der damalige ukrainische Präsident, Viktor Janukowitsch, einknickte, das Assoziierungsabkommen nicht unterschrieb und Kurs auf die weitere Abhängigkeit von Russland nahm. Am 17. Dezember 2013 reiste er nach Moskau und unterschrieb eine ganze Reihe von Abkommen. Diese sahen unter anderem einen Kredit von 15 Milliarden US-Dollar für Kiew vor und einen Vorzugspreis für Erdgaslieferungen an die Ukraine von 268,5 US-Dollar für 1.000 Kubikmeter anstatt wie bis dahin 400 US-Dollar. Janukowitsch behauptete zwar, dass es keine geheimen Absprachen gegeben habe. Verdächtig ist allerdings, dass die ukrainische Regierung schon am 16. Januar 2014 ein umfangreiches Programm für die Zusammenarbeit mit der Zollunion bis 2020 verabschieden konnte. Putins eurasisches Integrationsprojekt unter Einschluss der Ukraine, so schien es, war nun unter Dach und Fach. Entsprechend war die Stimmung in Moskau nach den Vereinbarungen vom 17. Dezember 2013. „Jetzt gehört die Ukraine uns“, war der Grundton.

Politische Studien: Aber dann kippte die Stimmung um?

Hannes Adomeit: So ist es. Moskau musste erkennen, dass Janukowitsch nicht willens oder nicht fähig war, die

Vereinbarungen durchzusetzen und die Maidan-Protestbewegung unter Kontrolle zu bringen. Der Wendepunkt für den Kreml war der 22. Februar 2014. Das am Vortag unter Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zustande gekommenen Abkommen zwischen Janukowitsch und der Opposition über die Beilegung der Krise wurde auf dem Maidan abgelehnt. Das Parlament setzte Janukowitsch ab und er selbst ergriff die Flucht.

Politische Studien: Und wie hat Moskau darauf reagiert?

Hannes Adomeit: Mit zwei Bündeln von Maßnahmen. Das erste war die Rückkehr zu wirtschaftlichem Druck auf die nunmehr als Putschisten und faschistische Junta bezeichnete neue Regierung in Kiew. Nachdem der Kreml Kiew Ende Dezember 2013 einen ersten Teilbetrag des 15-Milliardenkredits in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar überwiesen hatte, legte er eine zweite Tranche in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar auf Eis. Auch der Gaspreis wurde revidiert: Nach Ablauf des ersten Quartals 2014 erhöhte Gazprom den von der Ukraine geforderten Preis erst auf 385,5 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter und dann auf 485 US-Dollar. Im Jahr 2013 hatte die Ukraine nur 27 Milliarden Kubikmeter



Die Ukraine ist für Putins Projekt **EURASISCHE UNION** von zentraler Bedeutung.

Erdgas von Gazprom bezogen. Janukowitsch hatte aber in Moskau zugestimmt /oder zustimmen müssen, dass die Ukraine im darauffolgenden Jahr 46 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Gazprom einführen müsse und dass diesen Liefermengen die „take-or-pay“-Klausel zugrundegelegt würde. Konkret bedeutete dies, dass die Ukraine bei einem Preis von 485 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter astronomische Summen für russisches Erdgas aufbringen müsste – Geld, das es nicht hat, und Gas, das es wegen sinkender Wirtschaftsleistung nicht benötigt.

Politische Studien: Und das zweite Bündel?

Hannes Adomeit: Das zweite betraf die Krim. Im September 2013 hatte ein weitsichtiger ukrainischer Journalist namens Petro Schuklinow die Inszenierung eines politischen, gesellschaftlichen und militärischen Konflikts in der Ukraine als eines der möglichen Szenarien vorgezeichnet, wie der Kreml doch noch das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen zu Fall bringen könnte. Auf der Karte des Landes, so Schuklinow, gebe es einen Punkt, wo man ein derartiges Szenario verwirklichen könnte – die Krim. Als die Ukraine unabhängig wurde, hatte Russland immer die Auto-

nomie mit finanziellen Mitteln unterstützt, indem sie pro-russische Bewegungen finanzierte. Unter dem Vorwand der Förderung der ukrainisch-russischen Freundschaft seien Millionen von Geldern in zahlreiche Kulturprogramme gepumpt worden, die weder mit Freundschaft noch mit Kultur zu tun hatten. Als Ergebnis hätte die Ukraine den Kampf um die öffentliche Meinung auf der Krim verloren. Die meisten Krimbewohner zählten sich zu Russland. Die Situation auf der Halbinsel ins Wanken zu bringen, könnte man in wenigen Tagen bewerkstelligen, und dafür würde jeder beliebige Vorwand herhalten.

Der Ablauf der Ereignisse folgte diesem Szenario. Am 21. und 24. Februar tagte der russische Sicherheitsrat unter Putins Vorsitz, der sich „hauptsächlich mit der Situation in der Ukraine“ befasste. In den darauffolgenden Tagen nahmen pro-russische Demonstrationen sprunghaft zu. Am Morgen des 27. Februar stürmten von den Ukrainern sarkastisch „grüne Männchen“ genannte Spezialkräfte des russischen militärischen Geheimdienstes und Mitglieder örtlicher Milizen den Sitz des Parlaments in der Regionalhauptstadt Simferopol und hissten auf dem Gebäude die russische Flagge. Auch der Sitz der Regionalregierung wurde gestürmt.

Politische Studien: Wieso „grüne Männchen“?



Da die meisten Krimbewohner sich zu Russland zählen, war es **LEICHT**, die Situation dort ins Wanken zu bringen.

“

Im Gegensatz zur Krim fehlte in der Ostukraine der Überraschungseffekt, da sich **HIER** Kiew militärisch organisieren konnte.

Hannes Adomeit: Nun ja. Die Spezialkräfte agierten in grünen Uniformen, jedoch ohne Hoheitszeichen. Putin hatte behauptet, russisches Militär sei nicht an der Besetzung der Gebäude und anderer strategisch wichtiger Einrichtungen sowie der Entwaffnung der ukrainischen Armee auf der Krim beteiligt. Dann aber wurden Teilnehmer an der Operation mit Orden ausgezeichnet. Die darauffolgenden Ereignisse sind ja bekannt: Als Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Krim und Abschreckung möglicher ukrainischer Gegenwehr wurden umfangreiche Militärmäner an der ukrainischen Ostgrenze abgehalten. Auf der Halbinsel selbst wurde ein Referendum zum Anschluss an die Russische Föderation durchgeführt. Und mit der Unterschrift Putins unter die Annexion der Krim wurde diese Operation formell am 21. März abgeschlossen.

Politische Studien: Das war aber nicht, wie wir wissen, das Ende der Ukraine-Operation. Das Krim-Szenario wurde ja in der Ostukraine wiederholt. Auch dort wurden Verwaltungsgebäude besetzt, Volksabstimmungen inszeniert, „Volksrepubliken“ (in Donezk und Lugansk) ausgerufen und Rufe nach Anschluss an Russland laut. Zu einer Annexion ist es aber nicht gekommen. Die Entwicklung in der Ostukraine ist anders verlaufen als auf der Krim. Wie kommt das?

Hannes Adomeit: Dafür gibt es viele Gründe.

Ein erster ist der fehlende Überraschungseffekt. Die ukrainische Regierung – und nicht nur die – war von der russischen Besetzung der Krim völlig überrascht. Kiew hatte offensichtlich keine Pläne in irgendwelchen Schubladen, die man herausziehen konnte, um der russischen Herausforderung auf der Halbinsel zu begegnen. Es herrschte völlige Unsicherheit darüber, auf welche militärischen Einheiten und Kommandeure man sich verlassen konnte und auf welche nicht. Beispielhaft dafür ist die Ernennung von Admiral Denis Beresowskij zum Oberkommandierenden der ukrainischen Schwarzmeerflotte inmitten der Krise, der dann am darauffolgenden Tag die Seiten wechselte und daraufhin von Moskau mit dem Posten des Vizekommandeurs der russischen Schwarzmeerflotte belohnt wurde. In der Ostukraine gab es dagegen keinen Überraschungseffekt. Kiew konnte sich, wenn auch nicht gerade schnell und wirksam, militärisch organisieren und gegen die Separatisten vorgehen.

Ein zweiter Grund ist die westliche Reaktion auf die Annexion der Krim. Im Gegensatz zur militärischen Intervention Russlands in Georgien, wo Prä-



Die Mehrheit der Bürger in der Ostukraine will trotz Sympathien für Russland bei der **UKRAINE** bleiben.

sident Micheil Saakaschwili mit seinem Angriff auf Zinchwali dem Kreml eine Steilvorlage für militärisches Eingreifen geliefert hatte und der Westen ziemlich schnell zu business as usual zurückkehrte, war und ist es dieses Mal anders. Der Westen hat mit Sanktionen reagiert, die zwar für sich genommen nicht besonders wirksam sind, aber ein Klima geschaffen haben, das Russland erheblich schadet.

Politische Studien: Wie zum Beispiel?

Hannes Adomeit: Zum Beispiel dadurch, dass potenzielle in- und ausländische Investoren kalte Füße bekommen haben und sich mit neuen Vorhaben zurückhalten. Russische Unternehmen und Banken haben riesige Summen ins Ausland transferiert. Im ersten Halbjahr 2014 waren es nach offiziellen Angaben 74,6 Milliarden US-Dollar. Für das ganze Jahr wird ein Kapitalabfluss von mindestens 120 Milliarden US-Dollar erwartet. Der Wert des Rubels und russischer Aktien ist gesunken. Nachdem der Handel Russlands mit der EU seit der Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Steigerungsraten aufgewiesen hatte, fiel sein Volumen im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr um rund 10 %. Das Wirtschaftswachstum ist ebenfalls zurückgegangen – und zwar drastisch: Während es in den ersten zwei Amtszeiten Putins im Durchschnitt zwischen 7 und 8 % betrug, lag es in den ersten zwei Quartalen 2014 im negativen Bereich, so dass sich das Land nunmehr

„technisch“ in einer Rezession befindet. Natürlich sind nicht alle diese Entwicklungen ein Ergebnis der Krise in und um die Ukraine. Westliche Sanktionen und Sanktionsandrohungen haben aber dazu einen erheblichen Beitrag geleistet.

Zurück zu den Unterschieden zwischen der Krim und der Ostukraine. Der dritte und wichtigste liegt in der Zielsetzung des Kremls. Während der Kurs auf der Krim von Anfang an auf Annexion gerichtet war, verhält es sich mit der Ostukraine anders. Umfragen vor und während der gegenwärtigen Krise haben gezeigt, dass die Mehrheit der dortigen Bürger – trotz aller Sympathien für Russland – bei der Ukraine bleiben will. Wirtschaftlich betrachtet, kann Moskau die Krim mit seinen rund 2 Millionen Einwohnern durchaus verkraften. Die russische Schwarzmeerflotte war ohnehin größter Arbeitgeber in der Region. Die Gebiete Donezk und Lugansk dagegen haben ungefähr 7 Millionen Einwohner. Die Wirtschaft der beiden Gebiete ist ein Freilichtmuseum schwer- und rüstungsindustrieller Dinosaurier. Die Eingliederung der Gebiete – dazu noch gegen den Widerstand Kiews und mangelnder völkerrechtlicher Anerkennung – würde Unsummen verschlingen. Moskau hat infolgedessen meiner Ansicht nach von Anfang an auf ein transnistrisches Szenario hingearbeitet.

Politische Studien: Was meinen Sie damit?

Hannes Adomeit: Die von keinem Staat der Welt, auch nicht von Russland, völkerrechtlich anerkannte Moldauische

Republik Transnistrien, wie die dortigen Machthaber diesen Separatistenhort nennen, ist zwar staats- und völkerrechtlich Teil der Republik Moldau, die Hauptstadt Chişinău hat aber die Kontrolle über die abtrünnige Republik verloren. Das ist schon seit dem Bürgerkrieg im Jahre 1992 der Fall, in den die russische 14. Armee unter General Lebed zugunsten der Separatisten eingriff. Übrigens bin ich mit den Verhältnissen dort gut vertraut, denn meine Frau, die ich in Moskau kennengelernt habe, kommt aus Transnistrien. Sie hat im Bürgerkrieg mitgeholfen, Tote und Verwundete zu bergen, egal, auf welcher Seite diese gekämpft haben. Ihre Mutter lebt immer noch dort, in Tiraspol. Was da jetzt in der Ostukraine passiert, erinnert sie sehr an diese Zeit.

Politische Studien: In Russland untersagt das Strafgesetzbuch Separatismus, aber in der Ostukraine, in den Gebieten Donezk und Lugansk, zeigt der Kreml nicht nur Verständnis für diesen Schritt der Regierungsgegner, sondern unterstützt diese mit „Freiwilligen“, eigenen Spezialeinheiten und Waffen. Was sind denn die russischen Beweggründe? Was will Moskau mit seiner Unterstützung bezwecken?

Hannes Adomeit: Übergeordnetes Ziel Moskaus ist und bleibt die Verhinderung einer Westorientierung der Ukraine, der Ausschluss nicht nur einer Mit-

gliedschaft des Landes in der NATO, sondern auch einer Entwicklung, die zur Mitgliedschaft in der EU führen könnte. Umgekehrt beinhaltet dieses Ziel die Integration der Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion. Putin scheint davon überzeugt zu sein, dass Russland in der Ukraine die besseren Karten hat als die EU. Sein Amtskollege Alexander Lukaschenko hat das auf der von mir zuvor erwähnten Gipfelkonferenz künftiger Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion in Astana so ausgedrückt: „Ich bin mir sicher, dass die ukrainische Führung früher oder später begreifen wird, wo ihr Glück liegt.“

Politische Studien: Schließen sich denn die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion und das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen gegenseitig aus? Ist das russische Argument einfach von der Hand zu weisen, dass die Anbindung der Ukraine an die EU für Russland erhebliche Nachteile bringt und es sich mit Protektionsmaßnahmen zur Wehr setzen muss?

Hannes Adomeit: In seiner eurasischen Integrationsinitiative hatte Putin noch behauptet, es sei „verlogen“ zu behaupten, dass „Teilnahme an fortgeschritte-

”

Medwedjew schloss eine Integration der Ukraine in die EU und **GLEICHZEITIG** eine Eingliederung in eine eurasische Wirtschafts- und Zollunion aus.

nen Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum“ und eine „europäische Wahl“ miteinander unvereinbar seien. Regierungschef Sergej Medwedjew hat danach aber schnell derartigen Lügen zur Wahrheit verholfen. „Wenn die Ukraine den Weg der europäischen Integration geht“, warnte er, „wird es für das Land schwieriger, sich in den Gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Zollunion zu integrieren. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.“ Putins Berater in Fragen der eurasischen Integration, der eingangs erwähnte Sergej Glasjew, hat die gegenseitige Ausschließlichkeit der beiden Organisationen ebenfalls mit Blick auf die Ukraine so postuliert: „Die Zollgrenze – das ist eine Linie von Barrikaden.“

Das Argument des Kremls, Waren der EU würden den ukrainischen Markt überschwemmen und – aufgrund von bestehenden Freihandelsvereinbarungen – zollfrei nach Russland weitergeleitet, ist natürlich Unsinn. Das Herkunftsland der Produkte zählt. Durch einen Import von EU-Waren werden diese nicht plötzlich zu Produkten der Ukraine.

Politische Studien: Ist eine wirtschaftlich dynamische, reformierte und wachstumsorientierte Ukraine nicht im Interesse beider Seiten? Warum wendet sich Moskau denn so kategorisch gegen das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen? Gibt es dafür innenpolitische Gründe?

Hannes Adomeit: Die gibt es. Mit der Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit seinen politischen und wirtschaftlichen Teilen auf über 1.000 Seiten hat sich Kiew nach Schätzungen von Fachleuten verpflichtet, rund 70 % des *acquis communautaire* der EU, also der Gesamtheit der in dieser Organisati-

on geltenden Gesetze, Regeln, Richtlinien und Prozeduren, zu übernehmen. Mit der Ausführung der übernommenen Verpflichtungen würde sich die Ukraine auf den Weg zu einem demokratischen, pluralistischen und rechtstaatlich verfassten Land begeben, einer Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb und einer Zivilgesellschaft mit aktiven Nichtregierungsorganisationen. Dieser Weg ist dem autoritären „System Putin“ diametral entgegengesetzt. Ein Abweichen der Ukraine vom autoritären, korrupten „Modell“ Russland – von den Strukturmerkmalen des „Systems Putin“ – hätte erhebliche Auswirkungen auf die russische Innenpolitik. Reformresistenz und illiberale, undemokratische und anti-westliche Rhetorik würden in Frage gestellt.

Politische Studien: Auf der Suche nach einer Staatsideologie scheint der Kreml beim Konservatismus fündig geworden zu sein. Worin besteht das Spezifische dieses Konservatismus russischer Prägung, und welche Auswirkungen hat er auf die Außenpolitik Moskaus einschließlich auf die Haltung gegenüber der Ukraine?

Hannes Adomeit: Michael Thumann von der „Zeit“ hat den Konservatismus Putinscher Prägung treffend als ein Mischmasch aus Nationalismus und Eurasiertum, russischen Tönen und Vielvölkergesängen sowie orthodoxer Frömmigkeit und atheistischer Geheimdienstmacht beschrieben. Der russische Präsident tritt auf als Dirigent einer großen Symphonie der Wiederauferstehung Russlands. In dieser Symphonie überwiegen anti-westliche, anti-demokratische, anti-pluralistische, illiberale, autoritäre und etatistische Töne.

Das war nicht immer so. In den ersten beiden Amtszeiten Putins war die



Ein Abweichen der Ukraine vom autoritären, korrupten „Modell“ Russland hätte erhebliche **AUSWIRKUNGEN** auf die russische Innenpolitik.

Tonlage eher verhalten. Auf die westliche Kritik an der inneren Entwicklung Russlands reagierte der Kreml eher defensiv. Interimspräsident Dmitri Medwedjew stimmte sogar Klagelieder an: In Russland herrsche „Rechtsnihilismus“, der in Europa seinesgleichen suche. Das Land weise eine „halbsowjetische“ Sozialstruktur auf. Korruption sei weit verbreitet, die Wirtschaft ineffizient, die Abhängigkeit des Landes von Rohstoffen „erniedrigend“. Eine umfassende Modernisierung sei dringend geboten. Medwedjew machte deutlich, dass dies nur mit westlicher Hilfe möglich sei.

Seit dem Amtsantritt Putins im Mai 2012 ist von alledem nicht mehr die Rede. Klagelieder und an den Westen gerichtete Schalmeienklänge sind triumphalistischen Trompeten- und Posaunenstößen gewichen. Russland wird zum Hort traditioneller christlicher Werte erklärt, zum Fels in der Brandung, standfest gegen die „euroatlantischen Länder, die moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten verleugnen“ und „Familie mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften [...] und den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan gleichsetzen“. So Putin am 19. September 2013 in Valdaj. Verbündete sind im Inneren die Orthodoxe Kirche und in Europa die extreme Rechte. Die westlichen Geheimdienste werden für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht. Das Internet, so Putin, sei ein

„Spezialprojekt der CIA“ gewesen und werde als solches weiter entwickelt. Kritiker der Politik des Kremls werden als „ausländische Agenten“ diffamiert.

Die Auswirkungen auf die russische Ukraine-Politik sind erheblich. Eine erste ist das Bemühen des Kremls, „Farbrevolutionen“ in seiner selbst erklärten Einflussosphäre zu verhindern. Zudem will er ausschließen, dass diese womöglich auf Russland übergreifen. Eine besondere Rolle spielen ihm zufolge in- und ausländische NGOs. Diese seien keineswegs unabhängig, sondern würden von westlichen Regierungen finanziert und mit Hilfe ihrer Geheimdienste instrumentalisiert, um – wie Putin gegenüber seinen eigenen Geheimdienstlern erklärte – „unsere Integrationsarbeit zu behindern“. Nicht anders sei es bei den Massenprotesten auf dem Maidan gewesen. Die vom Ausland finanzierten NGOs waren ihm zufolge „die Schock-Truppen militanter nationalistischer und neo-Nazi Gruppen eines verfassungswidrigen Staatsstreichs“.

Politische Studien: Und welche anderen Verbindungen gibt es zwischen der russischen Innenpolitik und der Haltung und Politik des Kremls in der Ukraine?

Hannes Adomeit: Eine andere Verbindung besteht zwischen den Demokratie-

defiziten, der ausgebliebenen gesellschaftlichen und politischen Modernisierung und der wirtschaftlichen Stagnation einerseits und dem Anfachen nationaler und nationalistischer Emotionen im Dienste einer anti-westlichen Außenpolitik. Es war schon immer eines der Instrumente aus dem Werkzeugkasten autoritärer Herrschaft, „Feindlingsum“ für Schwierigkeiten im Inneren verantwortlich zu machen und Kräfte im Ausland zu beschuldigen, dem eigenen Land einen „Platz an der Sonne“ verwehren zu wollen und dann das Volk dazu aufzurufen, sich unter die Nationalflagge zu scharen. Schon vor einem Jahrzehnt hat Putin nach dem Terrorangriff in Beslan behauptet, Kräfte im Ausland wollten mit Hilfe von Terroristen „ein ‚saftiges Stück‘ aus unserem Fleisch herausreißen“. Offensichtlich meinte er dabei den Nordkaukasus. Auch die Krim sieht er als ein Stück an, das vom russischen Körper amputiert wurde. Die von Faschisten beherrschte Clique von Putschisten, so Putin in seiner Rede im Kreml am 18. März 2014, hätten bereits Erklärungen über einen Beitritt der Ukraine zur NATO abgegeben. Diese Perspektive würde „für die Krim und Sewastopol bedeuten, dass in einer Stadt der russischen militärischen Ehre die NATO-Flagge weht und dass es eine Be-

drohung für den gesamten Süden Russlands gäbe“.

Politische Studien: Zurück zur Ostukraine. Irgendwann muss es ja mal ein Ende von der Krise und Krieg geben. Könnte ein Mehr an Autonomie für die beiden Regionen nicht einen wichtigen Beitrag zu einer friedlichen Lösung des Konflikts leisten? Voraussetzung wäre natürlich erst einmal ein Waffenstillstand.

Hannes Adomeit: Ja. Aber genau da liegt ein Problem. Einen Waffenstillstand zu einem Zeitpunkt zu vereinbaren, zu dem die Separatisten zusammen mit Spezialeinheiten aus Russland die Kontrolle ausüben, birgt die Gefahr einer schleichenden Anerkennung der Separatisten. Diese Gefahr könnte zu einer vollendeten Tatsache werden, wenn Kiew mit ihnen Verhandlungen aufnimmt und sich darauf einlassen sollte, was die Aufständischen und ihre russischen Protektoren als „Föderalisierung“ bezeichnen. Wie wiederum das Beispiel Transnistrien zeigt, bedeutet Föderalisierung nicht Dezentralisierung oder größere Autonomie im westlichen Sinne, die Kiew durchaus bereit ist zu gewähren, sondern die Herstellung einer Art Konföderation, mehr noch: eine Konstruktion, die den abtrünnigen Republiken maximalen Einfluss in der ukrainischen Hauptstadt sichert, Kiew aber umgekehrt in Donezk und Lugansk jeglichen Einfluss verwehrt.



Ein derzeitiger Waffenstillstand birgt die Gefahr einer schleichenden ANERKENNUNG der Separatisten.

Diese beiden Gebiete einfach abzuschreiben, was manchmal in Lemberg und anderen Städten der Westukraine zu hören ist, wäre auch keine Lösung. Warum? Zusammen mit den Appellen an russischen Patriotismus und Nationalstolz sowie den Erinnerungen an die glorreiche Geschichte Russlands hat Putin einen Begriff aus der zaristischen Vergangenheit in die politischen Auseinandersetzungen gebracht, mit dem im Westen bis dato nur einige Historiker etwas anfangen konnten: Noworossija – Neurussland auf Deutsch.

Diese Provinz wurde nach dem Zurückdrängen der Osmanen und Krimtataren im Jahr 1765 geschaffen. Zu ihr gehörten – nach heutigen geographischen Begriffsbestimmungen – in Russland Teile der Verwaltungsgebiete Krasnodar, Stawropol und Rostow am Don. In der Ukraine umfasst es ein Gebiet, das von Donezk und Lugansk über Dnjepropetrowsk, Saporoschje, Mykolajew, Cherson, die Krim und Odessa bis nach Transnistrien reicht. Die Wiedererweckung dieses Begriffs und seiner geographischen Reichweite ist überhaupt nicht lustig. Sie ist praktisch Programm der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die sich entsprechend Ende Mai unter diesem Namen vereinigt haben.

Politische Studien: Wie groß ist eigentlich der Einfluss Moskaus auf die Separatisten und was sind gegebenenfalls deren eigene Ziele?

Hannes Adomeit: Das Ziel der Separatisten ist offensichtlich analog zur Krim die Eingliederung ihrer „Volksrepubliken“ in die Russische Föderation. Dazu ist Moskau allerdings aus den erwähnten Gründen nicht bereit. Zumindest derzeit nicht. Was den Einfluss Moskaus anbetrifft, ist er überwältigend. In

allen politischen Fragen hat der Kreml, davon bin ich überzeugt, das letzte Wort. Anfang Mai schien das Gegenteil der Fall zu sein, als Putin den Separatisten anriet, ihre geplanten Volksabstimmungen zu verschieben. Es kann ja sein, dass dieser „Rat“ nicht mit ihnen koordiniert war, ich glaube es allerdings nicht. Wenn Putin tatsächlich eine Verschiebung gewollt hätte, dann hätte er das den Separatisten hinter den Kulissen klar gemacht, ihnen zum Beispiel gesagt, sie könnten militärische Hilfe vergessen, wenn sie nicht parierten.

Im militärischen Bereich ist die Sache nicht so eindeutig. Moskau versucht zwar, über den bis zu seiner Ablösung im August militärischen Geheimdienst und den de facto Oberbefehlshaber der militärischen Operationen in der Ostukraine, Oberst Igor Strelkow, die Kontrolle auszuüben, aber nicht alles, was passiert, ist geplant. Bestes Beispiel dafür ist der Abschuss des zivilen Flugzeugs der malaysischen Fluglinie über dem von den Separatisten kontrollierten Gebiet.

Politische Studien: Politische Macht und ökonomischer Erfolg gehen auch in der Ukraine Hand in Hand. Oligarchen prägen das Bild. Mit Petro Poroschenko steht nun ein solcher Großunternehmer an der Spitze des Staates, und als Gouverneur setzte er in Dnjepopetrowsk den milliardenschweren Oligarchen Igor Kolomojskij ein. Wie realistisch ist unter diesen Vorzeichen die Hinwendung der Ukraine zu einer demokratischen und antimonopolistischen Marktwirtschaft mit Chancen für kleine und mittlere Unternehmen?

Hannes Adomeit: Schwierig zu beurteilen. Der Weg ist zumindest vorgezeichnet. Das Assoziierungsabkommen ist jetzt sowohl in seinen politischen als auch wirtschaftlichen Teilen unter-

schrieben. Jetzt kommt es darauf an, ob die ukrainische Regierung tatsächlich willens ist, das Abkommen auch umzusetzen. Dies wird allerdings nicht ohne massive Hilfe der EU und ihrer Mitgliedstaaten gehen.

Politische Studien: Poroschenko beklagt den Personalmangel in der ukrainischen Armee. Gleichzeitig verfügen Milliardäre wie Igor Kolomojskij, Sergej Taruta und Rinat Achmetow über eigene Ordnungstruppen. Diese Sicherheitskräfte zum Kampf gegen die Separatisten im Osten des Landes werden von den Oligarchen finanziert. Wie groß ist die Gefahr einer verselbständigten Entwicklung, die Poroschenko nicht mehr kontrollieren kann? Vorstellbar wäre die Eskalation der Lage aufgrund des Übertritts der ukrainisch-russischen Grenze durch derartige Kampfgruppen.

Hannes Adomeit: So weit wird es wohl nicht kommen. Richtig ist, dass mehrere der ukrainischen Milliardäre, die es früher vorgezogen hatten, im Hintergrund zu bleiben und über von ihnen „finanzierte“ Regierungsbeamte und Parlamentarier Einfluss auf die Politik zu nehmen, nun selbst Verantwortung für die politische Entwicklung und die innere Sicherheit übernommen haben. Poroschenko war allerdings schon früher in wichtigen nationalen öffentlichen

Funktionen tätig. Unter anderem war er Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, Direktor der Nationalbank sowie Außen- und Wirtschaftsminister sowohl unter der pro-westlichen Regierung des Präsidenten Juschtschenko und der Ministerpräsidentin Timoschenko als auch unter dem „pro-russischen“ Präsidenten Janukowitsch.

Achmetow, der bei weitem reichste der ukrainischen „Oligarchen“, hat es mit Hilfe „seiner“ Berg- und Stahlarbeiter in Mariupol im Verwaltungsgebiet Donezk geschafft, die Besetzung öffentlicher Gebäude zu verhindern oder rückgängig zu machen und Barrikaden pro-russischer Separatisten abzubauen. Dem Ziel, pro-russische Kräfte zurückzudrängen und Sicherheit zu gewährleisten, hat sich auch das „Bataillon Donbass“ gewidmet. In diesem Verband waren bei seiner Gründung nach eigenen Angaben 800 Freiwillige zusammengeschlossen. Formell sind diese dem Innenministerium der Ukraine unterstellt. Diese Kräfte operieren aber, so weit man das beurteilen kann, weitgehend unabhängig.

Ähnlich verhält es sich mit dem „Bataillon Dnjepr“, das mit finanzieller Unterstützung des Gouverneurs Kolomojskij im Verwaltungsgebiet Dnjepropetrowsk agiert, aber auch im Donbass eingesetzt war – also jenseits seines Ursprungsgebiets. Die Einheit umfasste bei ihrer Gründung nur rund 500 Mann und auch



Jetzt kommt es darauf an, ob die ukrainische Regierung tatsächlich das Abkommen mit der EU **UMSETZEN WILL.**

”

Die von den **OLIGARCHEN** finanzierten „Truppen“ sind Ordnungskräfte und keine schlagkräftigen militärischen Einheiten.

diese geringe Anzahl ist, wie auch die von „Donbass“, in den laufenden Kampfhandlungen erheblich reduziert worden. Befürchtungen, dass sich „Donbass“ und „Dnjepr“ zusammenschließen und in eine regionale Privatarmee verwandeln könnten, halte ich für übertrieben. Die ukrainische Armee mag, wie die kürzlich von Poroschenko verfügte Teilmobilisierung unterstreicht, Rekrutierungsprobleme haben. Nur sie verfügt aber über die schweren Waffen – Panzer, Artillerie, Mehrfachraketenwerfer und Flugzeuge –, die für den Kampf gegen die gut ausgerüsteten Separatisten von „Neurussland“ und eingeschleuste russische Truppenteile erforderlich sind.

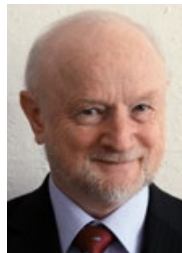
Politische Studien: Zum Schluss: Waren Sie eigentlich schon einmal in der Ostukraine?

Hannes Adomeit: Ja. Aber nur kurz. Das war in Charkow im August 1969 zusammen mit einem Kommilitonen an der Freien Universität Berlin. Eigentlich wollten wir per Volkswagen ins Kaukasusgebirge. Wir kamen aber nur bis zum Campingplatz in Charkow. Dort wurde uns vom regionalen KGB eröffnet, wir hätten auf dem Territorium der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik anti-sowjetische Propaganda betrieben und die Sowjetunion innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Anlass war offensichtlich, dass wir die These von agents provocateurs zurückgewiesen hatten,

die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei im Vorjahr sei nötig gewesen, weil die Bundeswehr drauf und dran war, dieses Land zu besetzen.

Politische Studien: Na, vielleicht wären Sie ja jetzt in „Neurussland“ willkommener. Herzlichen Dank für dieses interessante Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Markus Ehm, Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung. ///



/// PROF. DR. HANNES ADOMEIT

war langjähriger Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Warschau (bis 2013). Er lebt heute in Berlin.